



81. Jahrgang / März 2008

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 11. <i>Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal</i> | <i>der Ausstellung von Energieausweisen und von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz</i> |
| 12. <i>Richtlinie für die Gewährung von Bedarfszuweisungen zur Förderung</i> | <i>Verbraucherpreisindex für Jänner 2008 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

11.

Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

In der Budgetplanung 2008 des Gemeindeausgleichsfonds wurden für den Verwendungszweck „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ drei Millionen Euro reserviert. Die Bedarfszuweisungen sollen jenen Gemeinden zugute kommen, die trotz zumutbarer Gebühren nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszugleichen.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Gemeinde hat angemessene einmalige und laufende Gebühren vorzuschreiben. Maßgeblich sind die Gebührensätze im Jahr 2007. In diesem Jahr sind € 4,65 inkl. Umsatzsteuer je m³ Baumasse bzw. 13,95 m³ je m² Bruttogeschossfläche an einmaligen bzw. bis zum ersten Ablesezeitpunkt € 1,760 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler und ab dem ersten Ablesezeitpunkt € 1,783 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben. Werden verlorene Zuschüsse gewährt, die die Kanalgebührenbelastung für einzelne Gebührenpflichtige im Ergebnis auf weniger als die angemessenen Gebühren vermindern, so sind „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ nicht möglich. Als Nachweis sind Auszüge aus den Niederschriften über die einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderates und Ablichtungen von deren Kundmachung an der Gemeindeamtstafel anzuschließen.
2. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch zumutbare einmalige und laufende Gebühren auszugleichen. Als zumutbare einmalige Gebühren gelten die unter Punkt 1 genannten Gebühren. Als zumutbare laufende Gebühren gelten € 2,18 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler. Als Nachweis sind ein Auszug aus der Niederschrift über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2007 durch den Gemeinderat, der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsabschlusses und weitere Kalkulationen anzuschließen. Den weiteren Kalkulationen muss insbesondere der durch die Gemeinde über laufende Gebühren verrechenbare Wasserbezug in m³, im Fall von Mindestgebühren einschließlich einer entsprechenden Korrektur, zu entnehmen sein.
3. Liegt ein endgültiger Gemeindehaushaltsdatenträger (GHD) vor, kann unter „Anträge“ mit der Filterauswahl VorgangTyp „Gebührenhaushalt Kanal“ und nach der Betätigung der Schaltfläche „Filter anwenden“ der Antrag „Gebührenhaushalt Kanal 2008“ ausgewählt werden. Im Reiter „Allgemein“ ist die Erklärung über die richtigen Angaben zu aktivieren, im Reiter Haushalt sind die Haushaltsdaten aus dem Datenträger zu übernehmen und gegebenenfalls zu ändern bzw. zu ergänzen und im Reiter „Kennzahlen“ sind die vorgegebenen Felder zu befüllen. Der ausgefüllte Antrag ist **bis spätestens 15. April 2008** an die Abteilung Gemeindeangelegenheiten weiter zu leiten.

In der Folge ist folgende weitere Vorgangsweise vorgesehen:

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten hat den Antrag inhaltlich zu prüfen und nach Tunlichkeit bis Ende Juni 2007 einen Verteilungsvorschlag vorzu-

legen. Sollte dabei mit dem eingangs vorgesehenen Betrag nicht das Auslangen gefunden werden können, sind die Bedarfszuweisungen im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinden 2006 zu kürzen und aufzuteilen.

12.

Richtlinie für die Gewährung von Bedarfszuweisungen zur Förderung der Ausstellung von Energieausweisen und von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Kommunalgebäuden

1. Förderung der Ausstellung von Energieausweisen für Kommunalgebäude

Fördergegenstand:

Gefördert wird die Ausstellung von Energieausweisen für kommunale Kindergärten, Schulen, Alten- und Pflegeheime und Verwaltungsgebäude nach der OIB Richtlinie 6.

Förderhöhe:

500 € je Gebäude, höchstens jedoch drei Gebäude je Gemeinde oder Gemeindeverband.

Fördervoraussetzungen:

Für die Berechnung sind die Bauteilflächen, das Volumen und die Bauteilaufbauten genau zu ermitteln (ein vereinfachtes Verfahren ist nicht ausreichend).

Dem Energieausweis sind Verbesserungsvorschläge beizulegen, die folgende Punkte zu enthalten haben:

- Maßnahmen zur Verbesserung der thermischen Qualität der Gebäudehülle
- Maßnahmen zur Verbesserung der energetischen Effizienz der haustechnischen Anlagen
- Maßnahmen zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energieträger
- Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen

- Maßnahmen zur Verbesserung organisatorischer Maßnahmen (Energiebuchhaltung, Wärmemengenerfassung, ...)
- Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Anforderungen (Mindest-U-Werte) der Förderung energetischer Sanierungen für Kommunalgebäude (siehe Punkt 2.1) zu erfüllen

2. Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Kommunalgebäuden

Fördergegenstand:

Gefördert werden Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Kindergärten, Schulen, Alten- und Pflegeheime und Verwaltungsgebäude.

2.1 Förderung der Sanierung einzelner Bauteile und Haustechnikkomponenten

Förderhöhe:

15% der anrechenbaren Ausgaben, bei finanzschwachen Gemeinden kann der Fördersatz bis zum Doppelten erhöht werden.

Fördervoraussetzungen:

Bauteile

Nachweis der Einhaltung der Grenzwerte (Mindest-U-Werte)

Bauteil	TBV	Förder-Mindestanforderung	Zielwerte
Außenwand	0,27 W/m ² K	0,20 W/m ² K	0,15 W/m ² K
Fenster	1,70 W/m ² K	1,00 W/m ² K*	0,80 W/m ² K
Oberste Geschoßdecke /Dach	0,20 W/m ² K	0,15 W/m ² K	0,13 W/m ² K
Decke zu Außenluft (Flachdach, Auskragungen)	0,20 W/m ² K	0,15 W/m ² K	0,13 W/m ² K
Bauteil zu Erdreich	0,40 W/m ² K	0,25 W/m ² K	0,20 W/m ² K
Bauteil zu unbeheizten / ungedämmten Räumen	0,40 W/m ² K	0,25 W/m ² K	0,20 W/m ² K
* Dreischeibenverglasung			

Haustechnikanlagen

- Holzheizung
- Wärmepumpe (Jahresarbeitszahl von mindestens vier)
- Solaranlagen (Wärmemengezähler)
- Kesseltausch (Brennwerttechnik)
- Nah- und Fernwärmeanschluss
- Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung
- Fotovoltaikanlagen (entfällt bei Möglichkeit einer anderen Förderung)

sofern technisch möglich sind die Anforderungen aus der OIB Richtlinie 6 an Haustechnikkomponenten einzuhalten, z. B. Dämmung der Verteilleitungen.

2.2 Förderung der Gesamtanierung

Förderhöhe:

25% der anrechenbaren Ausgaben, bei finanzschwachen Gemeinden kann der Fördersatz bis zum Doppelten erhöht werden.

Fördervoraussetzungen:

Als Gesamtanierung gilt eine zeitlich zusammenhängende Sanierung eines Gebäudes, wenn drei der unten genannten Bereiche unter Einhaltung der Anforderungen an die Einzelsanierung erneuert oder instand gesetzt werden:

- Außenwand
- Fenster
- oberste Geschoßdecke oder Dach
- Haustechnik (Heizkessel, Lüftung, Solaranlagen)

Im Förderansuchen sind der Heizwärmebedarf und Endenergiebedarf (Energieausweis) vor und nach der Sanierung auszuweisen.

3. Verfahren

3.1 Verfahren für die Förderung der Ausstellung von Energieausweisen

Förderanträge sind im Wege des Portal Tirol einzubringen. Zu diesem Zweck ist das Vorhaben „Energie-

ausweis“ anzulegen. Dem Bedarfszuweisungsantrag sind der Energieausweis und die Verbesserungsvorschläge elektronisch unter Mitteilungen anzuschließen.

Für die Auszahlung ist dem Auszahlungsantrag die Rechnung für die Ausstellung des Energieausweises samt Erstellung von Verbesserungsvorschlägen elektronisch unter Mitteilungen anzuschließen.

3.2 Verfahren für die Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz

Förderanträge sind im Wege des Portal Tirol einzubringen. Zu diesem Zweck ist das Vorhaben „Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz“ anzulegen. Dem Bedarfszuweisungsantrag sind der Kostenvorschlag und der Nachweis für die durch die Maßnahmen erzielte Effizienzsteigerung elektronisch unter Mitteilungen anzuschließen.

Eine Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ist nur dann möglich, wenn vor Beginn der Ausführung der Maßnahmen die Zusicherung der Förderung erteilt worden ist.

Für die Auszahlung ist dem Auszahlungsantrag die Rechnung für die Ausführung der Maßnahmen elektronisch unter Mitteilungen anzuschließen.

3.3 Gemeinsame Bestimmungen

Den Berechnungen und Darstellungen ist die OIB – Richtlinie 6 „Energieeinsparung und Wärmeschutz“, Ausgabe April 2007, samt Leitfaden „Energietechnisches Verhalten von Gebäuden“, Version, 2.6, April 2006, zu Grunde zu legen.

Auf die Förderung besteht kein Rechtsanspruch.

Die Förderung erfolgt aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Die Förderung ist nur nach Maßgabe der im Gemeindeausgleichsfonds dafür reservierten Mittel auszahlbar.

Unrichtige Angaben haben den Widerruf der Förderung und die Verpflichtung zu deren Rückzahlung zur Folge.

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JÄNNER 2008**
(vorläufiges Ergebnis)

	Dezember 2007 (endgültig)	Jänner 2008 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	105,7	105,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	116,9	116,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	123,0	122,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	160,9	160,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	250,1	249,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	438,9	437,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	559,2	557,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	560,9	559,4

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2008 beträgt 105,4 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Dezember 2007 um 0,3% rückläufig (Dezember 2007 gegenüber November 2007: + 0,8%). Gegenüber Jänner 2007 ergibt sich eine Steigerung um 3,3% (Dezember 2007/2006: + 3,6%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck